Anmerkungen:

*Vortrag, der anläßlich der Eröffnung der Ausstellung »Die bauliche Entwicklung am Weihenstephaner Berg« am 7. November 1997 gehalten wurde.

[1] *P. Steiner:* Das ehemalige Salettl der Weihenstephaner Äbte. Schönere Heimat 86 (1997) 222f.

[2] Vgl. hierzu *H. Gentner:* Geschichte des Benediktinerklosters Weihenstephan bey Freising. München (Franz S. Hübschmann) 1854, S. 150ff.

[3] Diözesanmuseum Freising (Hrsg.): Freising. 1250 Jahre geistliche Stadt. München et alt. (Manz) 1989, S. 214f. (Kataloge und Schriften, Bd. 9).

[4] Vgl. hierzu *J. Becker-Dillingen:* Festschrift aus Anlaß des 150jährigen Bestehens der Staatlichen Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau Weihenstephan. Dillingen (Manz) 1954, S. 17ff. und *A. Seidl:* Die Fachhochschule Weihenstephan im Bogen der Geschichte. Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch 69 (1992) 165ff.

[5] *F. W. Hinkert:* Systematisch geordnetes Handbuch der Pomologie. München (Verlag der A. Weber'schen Buchhandlung) 1836, S. 5.

[6] Freysinger Wochenblatt 1863, Nr. 40, S. 171.

[7] Hinzu kamen die Fachbereiche Landbau I (Abt. Schönbrunn bei Landshut) und Landbau II (Abt. Triesdorf bei Ansbach).

Anschrift des Verfassers:
Prof. Dr. Alois Seidl, Am Lurzenhof 24, 84036 Landshut

Beschwerden aus dem Amperland an die Abgeordnetenkammer des Bayerischen Landtags 1819–1918

Von Dr. Lothar Altmann

Nach der Verfassungsurkunde des Königreiches Bayern vom 26. Mai 1818, Titel VII § 21, konnte »jeder einzelne Staatsbürger, so wie jede Gemeinde [...] Beschwerden über Verletzung der constitutionellen Rechte an die Stände-Versammlung, und zwar an jede der beyden Kammern bringen, welche sie durch den hierüber bestehenden Ausschuß prüft, und findet dieser sie dazu geeignet, in Berathung nimmt. Erkennt die Kammer durch Stimmenmehrheit die Beschwerde für gegründet, so theilt sie ihren diesfalls an den König zu erstattenden Antrag der andern Kammer mit, welcher, wenn diese demselben beystimmt, in einer gemeinsamen Vorstellung dem Könige übergeben wird«.[1] In der Praxis war mit dieser Aufgabe zunächst in erster Linie der Beschwerdeausschuß der Abgeordnetenkammer befaßt. 1872 wurde dann der »Petitionsausschuß« eingerichtet, Vorläufer des heutigen »Ausschusses für Eingaben und Beschwerden«. Im Rahmen einer Forschungsarbeit unter Leitung von Professor Dr. Dirk Götschmann wurde nun der komplette Aktenbestand des Beschwerdeausschusses der Kammer der Abgeordneten von 1819 bis 1918 im Archiv des Bayerischen Landtags, insgesamt 2340 Beschwerdevorgänge, gesichtet und der Öffentlichkeit im Internet[2] bzw. in einem zweibändigen Registerkatalog[3] zugänglich gemacht.

Unter den ersten Beschwerden, die gleich zu Beginn am 1. Januar 1819 eingegangen waren, befand sich auch eine von Joseph Weichhard, dem Besitzer der Donaumühle bei Schrobenhausen, und »7 Konsorten« wegen »Gutsüberbürdung durch neue Getreidedienste«; darin kommt zum Ausdruck, daß die Abgabenlast unter der Herrschaft der Klöster Fürstenfeld, Scheyern, Obermünster/Regensburg und Indersdorf nicht so drückend gewesen sei wie jetzt, weil diese regelmäßig Nachlässe gewährt hätten.[4] Daß sich durch die Säkularisation die Lage der betroffenen Bevölkerung nicht unbedingt verbessert hatte, zeigt auch die Beschwerde der Gemeinden Bruck, Puch, Mammendorf, Malching, Maisach, Lindach und anderer vom 21. April 1819 gegen die Besteuerung der »Purifikations-Holzgründe« des ehemaligen Klosters Fürstenfeld, hätten sie doch vordem kostenlose Einschlagskontingente gehabt.[5] Während im ersteren Fall die Angelegenheit an das Finanzministerium weitergeleitet wurde, wurde im letzteren auf den Rechtsweg verwiesen.

Überhaupt gab die Besteuerung wiederholt Anlaß zur Beschwerde: So monierten ebenfalls am 21. April 1819 Untertanen des Landgerichts Dachau, daß sie im Vergleich zu ihren Nachbarn zu hoch besteuert würden, und forderten eine Korrektur der Bonitätsschätzung ihres Grunds und Bodens.[6] Desgleichen fühlten sich laut Eingabe vom 20. Februar 1822 die Gemeinden Ober- und Niederhummel im Landgericht Freising seit Einführung des Steuerdefinitivums und der damit verbundenen Bewertung der Vermögenswerte gegenüber anderen Gemeinden benachteiligt.[7] In der gleichen Angelegenheit wurden am 11. Juli 1828 mehrere Gemeinden, Landgutsbesitzer und Pfarrer der Steuerdistrikte des Landgerichts Dachau vorstellig, hätten sich ihre Abgaben jetzt doch bis um ein Drittel erhöht.[8] Doch auch sie erreichten nur eine Weiterleitung ihres Anliegens an das Finanzministerium.

Auseinandersetzungen mit dem Staat gab es zudem wegen des Unterhalts von Straßen: So klagten am 25. Februar 1822 Gemeinden des Landgerichts Erding gegen die Einstufung der bisherigen Kommerzialstraße Freising–Erding durch das Finanzministerium als Vizinalstraße, wodurch die Unterhaltspflicht auf die anliegenden Gemeinden überging.[9] Im Jahre 1831 suchten sechs Gemeinden und 12 Tafernwirte des Landgerichts Freising, durch eine Petition der drohenden Abwälzung des Unterhalts der Straße von Freising nach Mainburg vom Staatsärar auf sie zuvorzukommen.[10]

Unterstützung durch den Beschwerdeausschuß fand auch der böhmische Kattun-Fabrikant Ignaz Leitenberger, der Ansprüche aus dem Verkauf von Realitäten des ehemaligen Klosters Fürstenfeld an das Militär wegen Nichterstattung einer Kaution und Verweigerung von Verzugszinsen geltend machte: die Beschwerde vom 9. Februar 1819 wurde wegen fehlenden Gerichtsstandes für den Militärfiskus angenommen und nach einem Schriftwechsel mit dem Kriegs- sowie Justizministerium an letzteres weitergeleitet.[11] Auch andernorts kam es zu Differenzen mit dem Militär. Nach fruchtlosen Bemühungen des Wirtsehepaars

Hilger um Schadensansprüche gegen den Militärfiskus wegen Nutzungseinschränkungen eines Feldes durch Schießübungen nahm sich dieser Angelegenheit die Gemeinde Moosach an und bat am 19. September 1875 die Abgeordnetenkammer, auf eine Einstellung der Schießübungen oder eine Ablösung des Grundstückes durch den Militärfiskus hinzuwirken; dabei wurde eine Beschwerde in gleicher Sache von 34 Grundbesitzern in Milbertshofen nachgereicht.[12] Weil die Gemeinde selbst als Beschwerdeführerin bisher noch keine rechtlichen Schritte unternommen hatte, mußte die Petition aus formalen Gründen abgewiesen werden. Am 2. Juli 1877 unternahm die Moosacher Gemeindeverwaltung einen weiteren Vorstoß, aber auch diesmal vergebens.[13] Schon am 27. Juni 1819 hatten die Freisinger Schuhmacher und Sporer den Bayerischen Landtag in einer ganz anderen Angelegenheit um Hilfe gegen das Militär gebeten: sie fühlten sich durch die Militärhandwerker der Garnison in ihrem Gewerbe beeinträchtigt.[14]

Konkurrenzneid führte wiederholt zu Eingaben: Die »fahrenden Boten« von Rosenheim, München, Freising, Landsberg, Memmingen, Reichenhall, Ingolstadt, Augsburg und Kitzbühl forderten 1822 die Aufhebung der Zugviehsteuer, sollte die Zahlung von Wegegeld weiterbestehen bleiben, da sonst die ausländischen Waren an Bayern vorbeigeführt würden; zugleich protestierten sie gegen die Übernahme von Gütertransporten durch Salz- oder Getreidefuhrleute sowie selbstspeditierende Händler.[15]

Ihnen standen die Wirte nicht nach: Der Unterpfaffenhofener Postexpeditor Joseph Spitzweg, Onkel des berühmten Malers Carl Spitzweg, kämpfte am 28. April 1819 zusammen mit den Wirten Anton Kreitmayer und Bartholomä Ring aus der näheren Umgebung – ebenso erfolglos – dagegen an, daß der Landwirt Joseph Wunderl nun eine Konzession für eine Bierschenke erhalten hatte, obwohl sich gegenüber der Situation von vor zwei Jahren, als das letzte Konzessionsgesuch Wunderls abgelehnt worden war, nichts geändert habe und ohnehin schon genügend Wirte in der Gegend vorhanden seien.[16] Andererseits konnte der Beschwerdeausschuß der Gastwirtin Maria Geiler aus Kranzberg 1831 keine Konzession in Sünzhausen erwirken.[17] Auch den Freisinger Wirten konnte nicht geholfen werden, als sie am 29. Mai 1834 monierten, daß die dortigen Brauer Sommerbierkeller anlegten und dort ausschenkten, zudem die (vom Lokalbierpfennig befreite) Schenke der königlichen Staatsgüteradministration von Schleißheim in Weihenstephan das Geschäft beeinträchtige.[18] Nicht anerkannt wurde der Einspruch des Obermenzinger Gastwirts Georg Englmayer am 26. November 1895 gegen den Abriß einer Hütte, die er zunächst als Kantine für den Eisenbahnbau errichtet hatte und die er dann angeblich als Gartenhaus nutzte.[19]

Einen wirtschaftlichen Grund hatte auch die Eingabe der Freisinger Bürgerschaft am 24. Mai 1822, in der diese um Rückverlegung des (inzwischen erz-)bischöflichen Stuhls von München nach Freising bat, um so dem drohenden Niedergang der Stadt entgegenzuwirken;[20] sie wurde an das Innenministerium weitergeleitet. 1828 baten die Gemeinden Schöngeising und Etterschlag um Unterstützung, weil aufgrund der vom

Der nordböhmische Textilfabrikant Ignaz Leitenberger.
** 18. 4. 1764 in Wernstadt, † 26. 12. 1839 in Neureichstadt.*

königlichen Jagdpersonal zu hoch gehaltenen Wilddichte auf den Feldern großer Schaden angerichtet würde und die Hofjagdintendanz nicht bereit sei, Holz für die Errichtung von Schutzzäunen zur Verfügung zu stellen;[21] hier konnten die Kläger jedoch nur auf den Instanzenweg verwiesen werden. Ebenfalls um Schadensersatz ging es am 17. April 1831 Carl Wimmer aus Augsburg: Der ehemalige »Inspektor und Professor an der landwirtschaftlichen Lehranstalt« in Schleißheim forderte vom Staat eine Alimentationszahlung, weil er nach Erfindung des Viehsalzes in Besinnungslosigkeit und Krankheit verfallen sei; da er aber einen Zusammenhang von Tätigkeit und Krankheit nicht beweisen konnte, wurde der Fall »ad acta« gelegt.[22]

Schon am 6. April 1822 hatte der Fürstenfeldbrucker Lehrer Michael Wermuth um Ersatz für die ihm entzogene Lotto-Kollektorsstelle gebeten, aus deren Einkünften er bisher einen Schulgehilfen bezahlt habe.[23] Auch dem Freisinger Glasermeister Adam Aicher konnte nicht geholfen werden, der sich wenige Tage später, am 21. April 1822, darüber beschwerte, daß ihm untersagt worden war, seine Konzession weiterzuverpachten, obwohl er zur Ausübung seines Berufs zu alt sei.[24]

Einen interessanten Einblick in die Verhältnisse einer Gemeinde gewährt die Bitte von Haindlfing im Landgericht Freising um Schutz gegen die Unterdrückung durch den Gerichts- und Gutsherrn Anton von Pellet am 4. März 1848.[25] Ihr folgte am 11. April desselben Jahres noch ein Hilferuf des Haindlfinger Bauern Johann Kammerer gegen Ausbeutung durch den Gutsherrn, dessen ungerechtfertigte, existenzbedrohende Schuldforderung und einen von diesem erzwungenen Flächentausch zuungunsten des Beschwerdeführers.[26]

Obwohl bisher von den Klägern nicht der Rechts- bzw. zuständige Instanzenweg beschritten worden war, leitete der Ausschuß die Eingaben an das Justiz- bzw. Innenministerium mit der Bitte um Berücksichtigung weiter.

Wohl um einen Wirrkopf handelte es sich bei Peter Kefer aus Hofhegnenberg, der zwischen 1831 und 1837 den Bayerischen Landtag nicht weniger als elfmal anrief. Zunächst beschwerte sich der »Gerichtsdienerssohn« für seinen kranken Vater wiederholt bezüglich der »Ablösung des Obereigentums« bei einem Grundstücksverkauf, wobei dem Ausschuß offenbar nicht ganz klar wurde, was der Kläger eigentlich wollte, und die Angelegenheit wegen »Frivolität« zu den Akten gelegt wurde.[27] Auch Kefers Beschwerde über eine angeblich versuchte Verführung durch eine schwangere Magd in der Absicht, ihn zur Heirat zu nötigen und damit das Vermögen einer unter seinem Schutz stehenden Witwe zu erlangen, und sein Schutzersuchen, als er später wegen Schwängerung vor Gericht stand, wurden als wirr und bösartig abgelehnt.[28] Nicht anders erging es ihm bei einer Beschuldigung des Kauferinger Wirts und Güterhändlers Hoy.[29] 1834 trat Kefer als »Vizepfleger« der Kirchenstiftung Mehring, Merching und Dünzelbach auf und beschwerte sich über Unterschlagungen zum Nachteil der Stiftung[30] bzw. über den Versuch der Behörden in Bruck und Friedberg, ihn aus seinem Amt des »Pfarramts- und Armenpflegschaftsaktuars« zu verdrängen, um diese Betrügereien vertuschen zu können.[31] Gar als Äußerung eines »Geisteskranken« mußte 1831 die äußerst verworrene und zum Teil unleserliche Eingabe von Joseph Rudolf von Winckelmann Möllingen-Pöringen aus Feldmoching eingestuft werden; der selbsternannte »unabhängliche Landgrafs-Herrschafts-Gerichts-Inhaber« des nur in seiner Phantasie existierenden Herrschaftsgerichts »Karl- und Ludwigsfeld, Pfarrei Feldmoching« berichtete von der »Rekupierung« seines Vermögens, nachdem er als Gutsherr in die neu eingerichtete Herrschaft eingesetzt worden sei.[32]

Diese Beispiele aus dem Amperland mögen genügen, um zu zeigen, was so alles an Petitionen bei der Kammer der Abgeordneten des Königreiches Bayern einging und wie aufschlußreich und auch unterhaltsam eine Beschäftigung mit diesen Akten sein kann, die nun seit 1997 dank Dirk Götschmanns offen liegen.

Anmerkungen:

[1] *Alfons Wenzel:* Bayerische Verfassungsurkunden. Dokumentation zur bayerischen Verfassungsgeschichte. Stamsried 1995, S. 37.
[2] Unter http://www.bayern.landtag.de über das Fach »Wissenswertes«.
[3] *Dirk Götschmann:* Die Beschwerden an die Kammer der Abgeordneten des Bayerischen Landtags 1819–1918 (Sonderband der Beiträge zum Parlamentarismus). München 1997.
[4] *Götschmann,* Nr. 7.
[5] *Götschmann,* Nr. 117.
[6] *Götschmann,* Nr. 118.
[7] *Götschmann,* Nr. 388.
[8] *Götschmann,* Nr. 771.
[9] *Götschmann,* Nr. 407.
[10] *Götschmann,* Nr. 783.
[11] *Götschmann,* Nr. 16. Vgl. auch Ausstellungskatalog »In Tal und Einsamkeit. 725 Jahre Kloster Fürstenfeld«, München 1988, G. 7–9.
[12] Götschmann, Nr. 1862. Vgl. auch Volker D. Laturell / Georg Mooseder: Moosach. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte eines Münchner Stadtteils. Bd. II: Von 1800 bis zur Gegenwart. München 1985, S. 209 u. 274.
[13] *Götschmann,* Nr. 1890.
[14] *Götschmann,* Nr. 259. – Zur wirtschaftlichen Situation der Freisinger Handwerker nach der Säkularisation vgl. zuletzt *Günther-Franz Lehrmann:* Die Entwicklung Freisings zur Schulstadt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Amperland 32 (1996) 438ff.
[15] *Götschmann,* Nr. 360 u. 495.
[16] *Götschmann,* Nr. 145.
[17] *Götschmann,* Nr. 932.
[18] *Götschmann,* Nr. 1061.
[19] *Götschmann,* Nr. 2041.
[20] *Götschmann,* Nr. 566. Vgl. auch Anm. 14.
[21] *Götschmann,* Nr. 705 u. 713.
[22] *Götschmann,* Nr. 842.
[23] *Götschmann,* Nr. 498.
[24] *Götschmann,* Nr. 530.
[25] *Götschmann,* Nr. 1414.
[26] *Götschmann,* Nr. 1436.
[27] *Götschmann,* Nr. 806, 833, 910, 974; im ganzen Registerband wird der Ortsname als »Hofhegenberg« angegeben.
[28] *Götschmann,* Nr. 901, 1102, 1109.
[29] *Götschmann,* Nr. 964.
[30] *Götschmann,* Nr. 1016.
[31] *Götschmann,* Nr. 1042, 1051.
[32] *Götschmann,* Nr. 905.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Lothar Altmann, Glockenstraße 14, 82110 Germering

»Construction de la Carte de Baviere« – Konstruktion der Karte von Baiern

Die Baierische Grundlinie

Von Adolf Thurner

Wie der Zufall manchmal so spielt, fiel dem Verfasser bei Recherchen über Maler und Bildhauer im Münchner Westen eines der Originale (in französischer Sprache) der *»Construction de la Carte de Baviere«*, der »Konstruktion der Karte von Baiern« aus Privatbesitz in die Hände.

Der Eigentümer dieses kostbaren historischen Exemplars hatte dieses von einem Kriegskameraden geschenkt bekommen, dessen Großvater wahrscheinlich Mitglied des Baierischen Topographischen Bureau gewesen war und angeblich die Übersetzung in die deutsche Sprache vorgenommen hatte.

Sachstand war jedenfalls bis vor kurzem, daß das Bayer. Landesvermessungsamt München kein franz. Original (oder Kopie) besaß, sondern lediglich eine handgeschriebene Übersetzung ins Deutsche (in deutscher Schrift).

Dieser Mangel konnte vom Verfasser behoben werden, indem das BLVA sich vom franz. Original (mit den hervorragenden kolorierten Bildern in dessen Anhang)